Bericht der Präsidialverwaltung

Autor(en): **Guggisberg, P. / Dürrenmatt, H. / Grimm, R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1939)**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-417206

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1939

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg.**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **H. Dürrenmatt.**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **H. Dürrenmatt.**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **R. Grimm.**

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahr fanden je drei kantonale und eidgenössische Abstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 4. Juni 1939 hat das Bernervolk den Gesetzesentwurf über den Weiterbezug der kantonalen Krisenabgabe und die Gewährung einer Steueramnestie angenommen mit 51,946 gegen 25,139 Stimmen. Von den 213,719 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern nahmen 79,929 oder etwas mehr als 37 % an den Abstimmungsverhandlungen teil.

Am 3. September nahmen die stimmberechtigten Bürger das Gesetz an über die Regierungsstatthalter mit 14,062 gegen 2061 Stimmen und stellten mit dem Volksbeschluss über Massnahmen für ausserordentliche Arbeitsbeschaffung in den Jahren 1940—1942 mit 14,619 gegen 1849 Stimmen die beantragten Mittel bereit. Die geringe Stimmbeteiligung von nicht ganz 8 % ist zurückzuführen auf die am 1. September begonnene Mobilisation der schweizerischen Armee.

Zum dritten Mal wurden die Bürger an die Urne gerufen am 3. Dezember 1939 zur Abstimmung über das Gesetz über die Abänderung von Art. 38 des Strassenbaugesetzes vom 14. Oktober 1934. Diese Vorlage wurde angenommen mit 67,999 gegen 26,422 Stimmen, also mit einem Mehr von 41,577 Stimmen. Die Stimmbeteiligung betrug 109,657 oder bei 215,310 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 50,9 %.

B. Eidgenössische Abstimmungen.

In eidgenössischer Angelegenheit fand die erste Abstimmung statt am 22. Januar 1939. Zur Abstimmung kamen der Bundesbeschluss über das Volksbegehren für die Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit (Revision des Art. 113 der Bundesverfassung) und der Bundesbeschluss über das Volksbegehren für Einschränkung der Dringlichkeitsklausel. Die erstere Vorlage wurde im Kanton Bern verworfen mit 13,143 Ja gegen 36,553 Nein, also mit einer Mehrheit von 23,410 Stimmen, während die zweite angenommen wurde mit 35,754 gegen 14,914 Stimmen, also mit einem Mehr von 20,840. An diesem Abstimmungstag gaben im Kanton Bern von 215,590 in eidg. Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 52,332 ihre Stimme ab oder rund 24 %.

Am 4. Juni 1939 hatten sich die Schweizerbürger auszusprechen zum Bundesbeschluss betreffend Er-

gänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und die teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im Kanton Bern gingen von 214,674 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten 81,363 an die Urne oder rund 38 %, die 63,382 Stimmen für und 17,452 gegen die Vorlage abgaben. Das annehmende Mehr betrug im Kanton Bern somit 45,930 Stimmen.

Am 3. Dezember wurde schliesslich dem Volke noch unterbreitet das Bundesgesetz über die Änderung des Dienstverhältnisses und der Versicherung des Bundespersonals, das im Kanton Bern folgendes Ergebnis erzielte: annehmende Stimmen 49,993, verwerfende 57,043; die verwerfende Mehrheit betrug also 7050. Von 216,339 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten gaben 108,576 ihre Stimme ab oder ziemlich genau 50 %.

Volkswahlen.

Neben verschiedenen Bezirksbeamtenwahlen fand am 3. Dezember für das ganze Kantonsgebiet eine Volkswahl statt, die Ersatzwahl in den Regierungsrat an Stelle des verstorbenen Regierungsrates Fr. Joss; gewählt wurde Eduard von Steiger, Fürsprecher in Bern.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1939 bis 30. November 1940 gewählt die bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil.

Die bernische Vertretung im Nationalrat erlitt durch den Hinscheid von Gottfried Gnägi in Schwadernau einen schmerzlichen Verlust. An Stelle des Verstorbenen rückte von der Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, nachdem der nächstfolgende Ersatzmann, Werner Hadorn in Oey-Diemtigen, auf die Annahme des Mandates ausdrücklich verzichtete, Karl Künzi, Schreinermeister in Bern, nach.

Am 29. Oktober 1939 fand die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates statt. Für die 31 im Kanton Bern zu besetzenden Mandate wurden 11 Listen mit insgesamt 195 Kandidaten (1935 10 Listen und 201 Bewerber) aufgestellt. Es fielen zu:

1. der freisinnig-demokratischen Partei . .	4 Sitze
2. dem Parti libéral et jeune-radical jurassien	1 Sitz
3. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei des Mittellandes	8 Sitze
4. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei des Oberlandes	2 »
5. der Schweizerischen Bauernheimatbewegung	3 »
6. dem Parti démocratique-catholique . . .	2 »
7. der sozialdemokratischen Partei	10 »
8. dem Landesring der Unabhängigen . . .	1 Sitz.

Die Wahlzahl haben nicht erreicht und deshalb kein Mandat erhalten:

1. die kommunistische Liste,
2. die freiwirtschaftliche Liste,
3. die Liste des Parti des paysans, artisans et bourgeois du Jura.

Vorgängig der Nationalratswahlen wurde versucht, unter den Parteien eine Einigung zu erzielen, um die bernischen Mitglieder des Nationalrates auf dem Wege der stillen Wahl als gewählt erklären zu können. Infolge Widerstandes einer Partei scheiterten im Kanton Bern diese Verhandlungen.

Der Wahlakt wurde erschwert infolge der Mobilisation der schweizerischen Armee. Grosse Arbeit verursachte der Versand des amtlichen Wahlmaterials und der Parteiaufrufe an die Wehrmänner und die Auszählung der von den Wehrmännern eingelangten Stimmzettel.

Grosser Rat.

Der Rat hielt im ganzen 5 Sessionen ab mit insgesamt 30 Sitzungen. Der Beginn der ordentlichen Herbstsession wurde wegen der Mobilisation auf den 2. Oktober verschoben. Die beiden ausserordentlichen Sessionen fanden statt in den Monaten März und Juni. Am 24. Juni hielt der Rat anlässlich der 600-Jahrfeier der Schlacht bei Laupen eine Festsitzung ab.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1938/1939 amtete als Grossratspräsident H. Hulliger, Lehrer in Heimberg. Für das Jahr 1939/40 wurde als Grossratspräsident gewählt Eduard von Steiger, Fürsprecher in Bern. Infolge seiner Wahl zum Regierungsrat trat dieser als Grossratspräsident zurück und wird für den Rest der Amtsdauer durch den 1. Vize-Präsidenten, Dr. A. Meier, Fürsprecher in Biel, vertreten. Als 2. Vize-Präsident amtet Robert Bratschi, Generalsekretär S. E. V., Bern.

Von den Mitgliedern des Grossen Rates traten im Laufe des Berichtsjahres zurück: Ernst Anliker, Grosshöchstetten, Otto Gyger, Gampelen, Paul Brahier, Lajoux, Jean Gressot, Pruntrut, und Ed. von Steiger, Bern. An deren Stelle traten neu in den Rat ein: Hermann Müller, Landwirt, Rohrbach, Walter Meuter, Landwirt, Vinelz, Charles Fähndrich, Landwirt, Courrendlin, Joseph Brody, agriculteur, Chevenez, und Rudolf Amstutz, Fürsprecher in Bern.

Folgende wichtige Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz über die Regierungsstatthalter, 1. und 2. Beratung. Gesetz über den Bau und Unterhalt der Strassen und Wege, Abänderung von Art. 38, 1. und 2. Beratung. Gesetz über den Weiterbezug der kantonalen Krisenabgabe und die Gewährung einer Steueramnestie, 2. Beratung. Gesetz über die Lehrerbesoldungen, 1. Beratung.

2. Dekrete. Dekret betreffend die Ausrichtung von ausserordentlichen Staatsbeiträgen an die Armenausgaben besonders belasteter Gemeinden. Dekret über die Kirchensteuern. Dekret über die Einteilung des Kantons in 30 Amtsbezirke. Dekret betreffend die Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern. Dekret betreffend die Errichtung einer 2. Sekretärstelle auf der Baudirektion. Dekrete betreffend die Errichtung von neuen Pfarrstellen in der Nydeck-Kirchgemeinde Bern (3. Pfarrstelle), in der Kirchgemeinde Steffisburg (3. Pfarrstelle) und in der Kirchgemeinde Thun (4. Pfarrstelle). Dekret betreffend die Vereinigung des Gebietes der Einwohnergemeinde Bremgarten mit der Paulus-Kirchgemeinde Bern und Errichtung der Kirchgemeinde

Zollikofen. Dekret betreffend die Errichtung römisch-katholischer Kirchgemeinden.

3. Motionen, Interpellationen und Einfache Anfragen. Aus dem Berichtsjahr 1938 waren im Grossen Rat noch 15 Motionen hängig. Während des Jahres 1939 wurden 27 neue eingereicht, so dass insgesamt 42 Motionen zu behandeln waren. Von diesen wurden 39 erledigt, so dass auf Ende des Berichtsjahres noch 3 Motionen hängig waren.

Im Jahre 1939 wurden 50 Interpellationen und Einfache Anfragen beantwortet und 2 Interpellationen vor der Beantwortung zurückgezogen. Eine dritte, die infolge der Verhältnisse obsolet geworden war, wurde abgeschrieben.

4. Andere Geschäfte. Als wichtigste seien erwähnt: Beschluss des Grossen Rates über Errichtung einer Stiftung zugunsten bernischer Wehrmänner (Laupenstiftung). Grossratsbeschluss betreffend Errichtung einer kantonalen Zentralstelle für Kriegswirtschaft. Bericht des Regierungsrates über die Bereinigung der Bilanz der Kantonalbank. Festsetzung des Salzpreises, Volksbeschluss zur Durchführung von Massnahmen für die Arbeitsbeschaffung in den Jahren 1940, 1941 und 1942 und für ihre Finanzierung. Ausgabe von Kassascheinen für Fr. 7,700,000. Kenntnisnahme von der Aufnahme einer Anleihe von 15—20 Mill. Franken der Hypothekarkasse. Rechtsufrige Thunerseebahn, Ausbau der Strecke Beatenbucht-Interlaken. Umbau des Rathauses, Bewilligung des Kredites. Bericht über Massnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Bericht über Möglichkeiten der Entlastung der Armenfürsorge durch den Bund und durch organisatorische Massnahmen im Kanton (Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinde-Altersbeihilfen).

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Finanzen und Domänen, Dr. P. Guggisberg. Am 1. Juni übernahm Vize-Präsident Dr. Dürrenmatt das Präsidium, während als Vize-Präsident Bau- und Eisenbahndirektor R. Grimm gewählt wurde.

Der Regierungsrat hielt im Berichtsjahr 113 Sitzungen ab und behandelte 5505 Geschäfte.

Am 3. Oktober verschied infolge eines Autounfalles Regierungsrat Fr. Joss, Direktor des Innern und des Militärs. Dieser Unfall war um so tragischer, als der Verunglückte beabsichtigte, nach längerer schwerer Krankheit seine Tätigkeit als Regierungsrat wieder aufzunehmen. Fritz Joss wurde am 9. Mai 1926 in den Regierungsrat gewählt, den er in den Jahren 1928/29 und 1937/38 präsidierte. Er verwaltete von Beginn seiner Amtstätigkeit an die Direktion des Innern. Am 1. Juni 1928 wurde ihm überdies die Leitung der Militärdirektion übertragen. Über die Tätigkeit des allzufrüh Verstorbenen und die während seiner Amtsdauer geleistete Arbeit wird in den Berichten der von ihm verwalteten Direktionen das Wesentliche angeführt werden. Regierungsrat Fr. Joss hat dem Kanton Bern wertvolle Dienste geleistet, die ihm der Regierungsrat — soweit an ihm — warm verdankt.

Das in der Ersatzwahl vom 3. Dezember neu gewählte Mitglied des Regierungsrates, Ed. von Steiger, Fürsprecher in Bern, übernahm mit seinem Amtsantritt die Direktion des Innern, während die Militärdirektion mit Beschluss des Grossen Rates vom 21. November Regierungsrat Dr. P. Guggisberg übertragen wurde.

Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte der Verwaltung viele ausserordentliche Aufgaben. Zu Beginn des Jahres herrschte immer noch die Maul- und Klauenseuche im Kantonsgebiet, mit deren Bekämpfung sich der Regierungsrat in verschiedenen Sitzungen befassen musste. Auch die Wirtschaftskrise und die Bekämpfung und Milderung ihrer Folgen, sowie die Krise in der Landwirtschaft waren Gegenstand vielfacher Beratungen.

Naturgemäss wirkte auch der im September ausgebrochene europäische Krieg stark auf die Verwaltungstätigkeit ein. Sowohl dem Regierungsrat wie den einzelnen Direktionen sind wesentliche neue Aufgaben erwachsen. Über die Einzelheiten wird auf den Bericht der entsprechenden Direktionen verwiesen.

Bezirksbeamte.

Der zum Oberrichter gewählte Fürsprecher Mumenthaler, Regierungsstatthalter und Gerichtspräsident des Amtsbezirkes Saanen, trat im Berichtsjahre zurück. Die Ersatzwahl fand im Jahr 1940 statt.

Infolge Rücktrittes von Dr. Fritz Ammann war im Amtsbezirk Trachselwald die Stelle eines Gerichtsschreibers (zugleich Betreibungs- und Konkursbeamten) neu zu besetzen. Auf dem Wege der stillen Wahl wurde der einzige vorgeschlagene Kandidat, Fürsprecher Ernst Renfer, gewählt.

Ersatzwahlen für Mitglieder des Amtsgerichtes.

Amtsbezirk Burgdorf, an Stelle des zurückgetretenen Alfred Mathys, Fabrikarbeiter, Koppigen: Ernst Schoch, Konsumverwalter in Koppigen. Amtsbezirk Wangen, an Stelle des verstorbenen Adolf Gygax, Posthalter in Attiswil: Werner Schaad, a. Lehrer in Oberbipp. Amtsbezirk Nidau, an Stelle des zurückgetretenen Paul Schafroth, Schreiner in Brügg: Fritz Nyffenegger, Drahtzugarbeiter in Ägerten. Amtsbezirk Nieder-Simmental, an Stelle des verstorbenen Karl Ueltschi, Landwirt, Därstetten: Chr. Thomann, Landwirt und Unterförster in Faulensee. Amtsbezirk Erlach, an Stelle des zurückgetretenen Fritz Kaufmann, Pierrist, Erlach: Paul Beetschen, Notar und Kassaverwalter, Erlach.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsbezirke fanden statt in den Ämtern Burgdorf, Wahl Ernst Jost, Maler in Kirchberg, und Neuenstadt, Wahl Charles Simon, Handelslehrer in Neuenstadt.

Alle diese Ersatzwahlen erfolgten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Vereinfachung von Beamtenwahlen. In einem einzigen Fall musste der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge . . 3,742
Überweisungen an den Grossen Rat 256
Ausführung von Drucksachenbestellungen für
eine Verkaufssumme von . . . . . Fr. 55,475.75
Beglaubigungen von Unterschriften 23,962
Im Anweisungsverkehr wurden erledigt
1414 Geschäfte mit einem Ertrag von Fr.120,921.05

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 2264 Geschäfte, davon 696 des Regierungsrates und 1568 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Der Ausbau der Staatskanzlei als 1. Etappe des Rathausumbaues wurde im Laufe des Jahres eifrig gefördert; doch konnten die neuen Räume im Berichtsjahr noch nicht bezogen werden. Die mit den Bauarbeiten unvermeidlich verbundene Erschwerung des Betriebes wurde angesichts der zu erwartenden bedeutenden Verbesserungen gerne in den Kauf genommen. Die Erneuerung der Fassaden und die Freilegung verschiedener reizvoller Höfe, die bis jetzt durch unschöne Anbauten verdeckt waren, hat das Gebäude wie auch das anstossende Haus Nr. 68, in welchem jetzt das kantonale Arbeitsamt untergebracht ist, zu einem architektonisch bemerkenswerten Schmuck der Postgasse werden lassen.

Staatsarchiv.

I. Personelle Veränderungen kamen keine vor. Seit Beginn der Mobilisation sind der Staatsarchivar und ein Angestellter ohne Unterbruch im Militärdienst, bis Anfang Dezember waren überdies zwei weitere Angestellte eingerückt.

II. Die Benützung verzeichnet 333 Besucher (1938: 460) mit 1408 Besuchen (1938: 1460). Auch die in diesen Zahlen nicht inbegriffenen Besucher mit genealogischen und heraldischen Anfragen waren etwas weniger zahlreich. Die Verminderung ist verursacht durch die Zeitereignisse, die zudem im September für Sicherungsmassnahmen und vom 21. Dezember bis 11. Januar 1940 für Umzugsvorbereitungen kurze Schliessungen des Archivs für das Publikum herbeiführten. — Prof. Dr. H. Rennefahrt hielt mit seinen Hörern rechtsgeschichtliche Übungen im Archiv ab.

III. Dem gesamten Archivbetrieb drückten Baufragen und die Mobilisation ihr Gepräge auf.

Nach langen Jahren des Harrens ist endlich der Archivneubau Tatsache geworden. Auf der Königbesitzung am Falkenplatz wurde Ende Winter 1938/39 der Bau eines neuen Staatsarchivs begonnen und das Gebäude im Herbst unter Dach gebracht. Trotz der Mobilisation wurden die Innenarbeiten weitergeführt. Sie gaben und geben noch zu öftern Fühlungnahmen mit der Bauleitung Anlass. — Vorbereitende Massnahmen für den Rathausumbau erheischten im Sommer die Räumung der westlichen Hälften der Archive X und XI. Die betreffenden Archivalien wurden grösstenteils in die bereits früher für die Renovation des alten Archiv- respektive Kanzleigebäudes geleerten Archive I—III verbracht, eine Umstellung, die den Betrieb erschwerte. Im Spätherbst mussten ferner wegen der Kanzleigebäuderenovation zwei unserer Bureaux ins Rathaus verlegt werden. — In der ersten Septemberwoche wurde zur Herstellung vermehrter Sicherheit das ganze sogenannte Kanzleiarchiv mit seinen wertvollen Beständen in die Rathausgewölbe verlegt. In zuvorkommender Weise stellten sich uns für diese Transporte Schüler des städtischen Gymnasiums, der Knabensekundarschule und des Seminars Muristalden zur Verfügung. — Vorsorglicherweise wurden auch Evakuierungsfragen geprüft und darüber Bericht erstattet.

An grösseren Arbeiten wurden durchgeführt eine Neuaufstellung und Beschriftung der Archivregistratur, die Neuordnung und Inventarisierung der Abteilung Gemeinnützige Anstalten und Vereinigungen und die teilweise Neuaufstellung und Neuinventarisierung der Archivalien des Amtes Bern.

Die Wappenkartothek wurde vom Buchstaben H bis N weitergeführt und um rund 2500 Karten vermehrt. Ein wissenschaftlicher Artikel über das Wappen auf dem Lande, verfasst von unserem Heraldiker Chr. Lerch und erschienen in der neuen Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, schuf über diesen Gegenstand Abklärung.

In der Bibliothek konnten nebst den laufenden Neuerwerbungen die Abteilungen Vereine und Rechtsgeschichte neu aufgestellt und samt einer Reihe früherer Anschaffungen durchkatalogisiert werden. Ebenso wurde die Arbeit an den Sammlungen der Pläne und Bilder fortgesetzt. — Einer Instandstellung wurden die Spruchbücher unterzogen.

IV. Von wissenschaftlichen Arbeiten, Berichten und Gutachten sind zu nennen die Drucklegung der Urkundenregesten des Jahres 1390, erste Hälfte, für den Band X der Fontes rerum Bernensium, Untersuchungen über die Gemeinde Mühlethal bei Zofingen und über die Eigentums- und Rechtsverhältnisse am Seebergsee im Simmental, sowie eine Begutachtung des beanspruchten Delsberger Burgerrechts der böhmischen Familie v. Hennet.

V. Im Schloss Spiez stellten wir eine Anzahl Urkunden und Bände aus dem im Staatsarchiv gelegenen Spiezerarchiv aus; an der Landesausstellung lagen, von Ausstellern ausserhalb des Archivs veranlasst, Reproduktionen von zwei Urkunden zu den Ursprüngen des Genossenschaftsprinzips und von Zehntplänen von Grafenried auf.

In vier reich illustrierten Heften erschien der 1. Band der neuen Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, an deren Herausgabe das Staatsarchiv sich mit einer aus seinen Mitteln ausgeschiedenen Subvention von Fr. 500 und durch Artikel seines Personals beteiligt. Von Veröffentlichungen der Archivbenützer sei insbesondere erwähnt der wertvolle Band II des Berner Stadtrechts, den der Herausgeber des I. Bandes, Dr. E. Welti in Kehrsatz, nach dem vor wenigen Jahren in Wien aufgetauchten, vom Berner Chronisten und Stadtschreiber Konrad Justinger angelegten Satzungenbuch veröffentlicht hat.

VI. **Im ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archiv (jurassisches Archiv)** wurden rund 20 Abteilungen neu organisiert. Neben kleinern, die nur wenig Zeit erforderten, befinden sich darunter grössere wie Contagionen, Oberrheinischer Kreis, Postsachen etc., deren Behandlung sich auf Wochen hinauszog. Der von Prof. Dr. H. Rennefahrt unternommenen Sammlung juras-

sischer Rechtsquellen lieh das Archiv vorbereitende Mitarbeit durch Anlegung vieler Abschriften.

Das **Hallwylarchiv** wurde nur einmal benützt. Grössere Revisions- oder andere Arbeiten wurden nicht vorgenommen. Neu gingen ein eine Korrespondenz von Frau von Eckermann-von Hallwyl mit Prof. Dr. Lehmann über dessen Führer zum Schloss Hallwyl etc. und 12 Exemplare des alten Führers von Prof. N. Lithberg. Der Vertreter des Stiftungsrates, Prof. Dr. Thormann, besuchte das Archiv am 2. Dezember. — Der Hallwylarchivfonds stand am 1. Januar 1939 auf Fr. 10,781.10, nach Abzug der erst am 20. März 1939 der Kantonsbuchhalterei zurückvergüteten Auslagen des Jahres 1938 von Fr. 608.45 noch auf Fr. 10,172.65. Der Zins pro 1939 betrug Fr. 330.55; die Auslagen für zwei Bände Aargauer Urkunden und Band 50 der Argovia etc. beliefen sich auf Fr. 37.65. Das Vermögen beträgt auf 1. Januar 1940 Fr. 10,465.55.

* * *

Im Berichtsjahr gedachte Bern der Schlacht bei Laupen vom 21. Juni 1339 in einer ernsten und würdigen 600-Jahrfeier. Der 21. Juni 1939, der eigentliche Schlachttag von Laupen, wurde vorab in den Schulen durch eine Gedenkfeier begangen. In den obern Klassen der bernischen Schulen erhielten Schüler und Schülerinnen die von Stadtschreiber Dr. Markwalder in Bern verfasste Festschrift «Der Laupenkrieg 1339», und überdies wurde allen Schülern ein künstlerisches Gedenkblatt mit nach Hause gegeben. Am gleichen Tage fanden ebenfalls Feiern statt der Berner Hochschule und an der Grabstätte Rudolf von Erlachs im Kirchlein von Bremgarten.

Am 23. Juni erfolgte die schon seit Jahren übliche Kranzniederlegung am Erlach-Denkmal auf dem Münsterplatz durch die Studentenverbindung «Zofingia».

Die eigentlichen Feierlichkeiten begannen am Samstag, den 24. Juni. Um 8 Uhr fand im Rathaus eine Festsitzung des bernischen Grossen Rates statt, in welcher eine Stiftung errichtet wurde zugunsten von bernischen Wehrmännern. Der Staat stellte ein Stiftungskapital von Fr. 100,000 zur Verfügung, das im Laufe des Berichtsjahres auf Fr. 164,318.60 angewachsen ist durch Zuwendungen von Gemeinwesen und Privaten. Allen Geldgebern sei auch hier bestens gedankt.

Die offizielle Feier begann um 10 Uhr im Grossratssaal, wo sich alle Ehrengäste einfanden. Diese feierliche Versammlung begrüsste Grossratspräsident Ed. von Steiger im Namen der bernischen Behörden mit einer gehaltvollen Ansprache. Darauf begaben sich die offiziellen Ehrengäste unter dem Geläute der Glokken des Berner Münsters in dieses Gotteshaus. Dort verlas Stadtschreiber Dr. Markwalder den Schlachtbericht aus dem 14. Jahrhundert von Martinus Polonus. Münsterpfarrer Tenger hielt die Festrede. Die Feier wurde eingerahmt von Musik von Händel, dargeboten unter der Leitung von Dr. Max Zulauf vom Münsterorganisten Senn, dem verstärkten Konservatoriumorchester und dem Münsterchor Bern, und beendigt mit Gebet und Segen und dem allgemeinen Gesang «Allein Gott in der Höh' sei Ehr'». Am Nachmittag fand der grosse historische Festzug statt unter der Devise: Berner verteidigen ihre Heimat, der allen zur bleibenden Erinnerung geworden ist.

Am Abend vereinigten sich die Ehrengäste der Laupenfeier im grossen Kasinosaal, während die auswärtigen Harste, die historischen Gruppen aus den Waldstätten, von Solothurn, Oberhasli und aus dem Simmental im Kornhauskeller zusammenkamen. Der Abend wurde durch verschiedene Ansprachen gewürzt.

In 2 Extrazügen fuhren am Sonntag, den 25. Juni, die Ehrengäste und Harste nach dem historischen Städtchen Laupen. Weitere zahlreiche Extrazüge brachten noch Zehntausende von Zuschauern nach Laupen und auf den Bramberg, wo die Gedenkfeier stattfand. Diese wurde eingeleitet mit einem Musikvortrag und der Verlesung des Schlachtberichtes von Justinger durch Dr. Markwalder. Eine Minute des Schweigens war dem Andenken der vor 600 Jahren an diesem Ort Gefallenen gewidmet. Nachdem der Schweizerpsalm verklungen war, hielt Regierungspräsident Dr. Dürrenmatt seine Gedenkrede, worauf eine Ansprache von Bundespräsident Dr. Etter folgte. Die Feier wurde beendet mit der Landeshymne.

Die 600-Jahrfeier der Schlacht von Laupen ist allen Teilnehmern zum dauernden Erlebnis geworden. Den Mitgliedern des Organisationskomitees, die sich um deren Durchführung verdient gemacht haben, sei auch an dieser Stelle bestens gedankt.

Bern, den 28. März 1940.

Der Regierungspräsident:
Dürrenmatt.

Vom Regierungsrat genehmigt am 10. Mai 1940.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**